

## Seite an Seite ... über den Schulterschluss des DGB mit den deutschen Arbeitgeberverbänden, über die Gesetzesinitiative zur „Tarifautonomie“

„Stell dir vor, es ist Urlaub und kein Flugzeug hebt ab. An Ostern streiken die Piloten, im Sommer das Kabinenpersonal, im Herbst die Fluglotsen. Und wer zur Bahn flüchtet, landet im Lokführerstreik. Deutschland, ein Streikland?...“ (Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 15.08.2010). Ausgerechnet in dem Land in Europa, wo es mit die wenigsten Streiktage gibt, wird solch ein Szenario an den Himmel gemalt und es reichte aus, um in der Öffentlichkeit zu begründen, warum der DGB gemeinsam mit den Arbeitgebern versuchte, das Streikrecht im Grundgesetz auszuhebeln. Schon seit Jahren waren sowohl dem DGB als auch Arbeitgebern wie Deutsche Bahn, Lufthansa etc. kleinere Spartengewerkschaften wie z.B. die GDL ein Dorn im Auge. Sie waren zu kämpferisch und erreichten mit ihren Streiks weitaus bessere Resultate als die großen Gewerkschaften wie ver.di oder IG Metall. Im September 2003 veröffentlichte der BDA einen Beschluss des Präsidiums: „Für eine neue Balance in der modernen Tarifautonomie“ „Die BDA tritt für eine Modernisierung der rechtlichen Rahmenbedingungen der Tarifautonomie ein. Wir wollen eine neue Balance zwischen Tarif- und Privatautonomie, mehr betriebliche Gestaltungsmöglichkeiten für Arbeitgeber, Arbeitnehmer ... Streik und Aussperrung sind Relikte einer vergangenen Epoche unter besonderen historischen, heute nicht mehr existierenden wirtschaftlichen Bedingungen.“ Aha, heute ist also alles anders, in den Zeiten der Finanzkrise und heftigen Crashes an Börse und im Euroland müssen wir alle enger zusammenrücken. Ja, wir gemeinsam, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, denn unsere Konkurrenz, unser Gegensatz ist von damals. Weiter im Text der BDA: „Wir respektieren selbstverständlich die verfassungsrechtlichen Grundlagen der Tarifautonomie ... Die Streiks in mehreren Branchen während der Tarifrunde 2002 haben erneut bewiesen, wie anfällig die Unternehmen selbst in einer Rezession sind, wenn just in time-Lieferungen und Kundenbeziehungen durch gezielte Streiks mit Auswirkungen auf die internationalen Lieferbeziehungen gefährdet werden. Die mit diesen Streiks erreichten, völlig überzogenen Abschlüsse und die Arbeitskämpfe selbst haben sich als Schaden für die Unternehmen, die Arbeitnehmer und die Arbeitslosen erwiesen ... In der Vergangenheit haben spezialisierte Minderheiten mit Streiks oder Streikdrohungen ganze Betriebe lahm gelegt oder deren Lahmlegung angedroht. Beispiele hierfür sind die Streiks von Cockpit bei der Lufthansa oder die Streikdrohung der Gewerkschaft der Lokomotivführer bei der Deutschen Bahn. Ohne in den Kernbereich der Koalitionsfreiheit des Grundgesetzes einzugreifen, müssen solche Streiks spezialisierter Minderheiten, die Schlüsselkräfte für den ganzen Betrieb sind, verhindert werden, wenn dadurch der Betrieb weitgehend oder darüber hinaus sogar weitere Betriebe lahm gelegt werden.“ (Beschluss des Präsidiums der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) vom 15. September 2003)

Klar, dass die Arbeitgeberverbände wirksame Streiks verhindern wollen und erst recht solche in Schlüsselpositionen und gesagt getan, ein Gesetzesentwurf wurde formuliert:

„Wir haben die Initiative ergriffen, einen Gesetzesentwurf aus Sicht unabhängiger Wissenschaftler vorzulegen“, schrieben die renommierten Professoren Ulrich Preis und Gregor Thüsing im Juni an ein Dutzend Kollegen. "Die Carl Friedrich von Weizsäcker-Stiftung hat sich bereit erklärt, unser Vorhaben zu unterstützen (Reise- und Hotelkosten, Sitzungsgeld etc.)." Zuvor hatte sich dazu aber auch die Lufthansa bereit erklärt, ein Unternehmen, das seit langem mit Spartengewerkschaften kämpft und großes Interesse an der Rettung der Tarifeinheit hat. Lufthansa finanziert das Projekt, ebenso die lokführerstreikgebeutelte Bahn und der Flughafenbetreiber Fraport. Gut 100 000 Euro bringen die Förderer - ihre genaue Zahl und Identität sind nicht bekannt - für den

"unabhängigen" Entwurf auf. Sie zahlen an die Weizsäcker-Stiftung, diese bezahlt das Projekt..." (Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 15.08.2010)

Nachdem im Juni 2010 das Bundesarbeitsgericht erstmals die Möglichkeiten konkurrierender Tarifverträge in einem Betrieb einräumte, stieg der wichtigste Bündnispartner des Kapitals öffentlich mit ein und am 4. Juni 2010 verkündet DGB-Chef Sommer in einer Pressekonferenz das „Statement zur gemeinsamen Initiative von DGB und BDA zur Tarifeinheit“. Das Statement ist natürlich aus meiner Sicht, der Sicht einer Arbeitnehmerin und Gewerkschafterin viel übler als die Erklärungen vom BDA. Ich zitiere es hier fast vollständig, weil das Papier meiner Meinung nach, sehr gut beweist, dass der DGB durch und durch ein gelber Gewerkschaftsapparat ist und sein Ziel ist, zwischen dem Kapital und der Arbeiterklasse zu vermitteln, seine Brosamen kassiert und bei uns für Ruhe sorgt. Michael Sommer, Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Pressekonferenz am 04. Juni 2010: „Sehr geehrte Damen und Herren, ich freue mich, Ihnen die Ergebnisse der Beratungen der Spitzenorganisationen der Tarifpartner zum Thema Sicherung der Tarifeinheit im Betrieb vorstellen zu können.

### **Sicherheitsbedürfnis in der Krise**

Wir leben in schwierigen Zeiten. Wir stecken mitten in einer schweren Finanz- und Wirtschaftskrise – alle Hoffnungen, die Krise sei vorüber, haben sich inzwischen zerschlagen. ... Was die Bürgerinnen und Bürger jetzt brauchen, sind Signale, dass nicht alles aus den Fugen gerät. Sie suchen Stabilitätsanker, die ihnen Sicherheit bieten. Sie wünschen sich, dass zum Wohle des Landes zusammengearbeitet wird, auch von jenen, die unterschiedliche Interessen vertreten und deshalb oft miteinander kontrovers verhandeln.

### **DGB und BDA schaffen Stabilität**

Die gemeinsame Initiative von DGB und BDA zur Tarifeinheit macht deutlich, dass es diese Stabilitätsanker gibt. Die Gewerkschaften und die Arbeitgebervertreter übernehmen Verantwortung in der Krise. Sie arbeiten zusammen, wo dies möglich und nötig ist. Sie suchen gemeinsam nach Lösungen, wenn es Probleme gibt und unterstützen die Politik, wo dies sinnvoll und geboten ist. Das galt für die Maßnahmen in der Krise, für das Kurzarbeitergeld, die Konjunkturpakete und die Abwrackprämie – hier hat sich Sozialpartnerschaft bewährt. Das gilt es jetzt bei der Sicherstellung der Tarifeinheit im Betrieb fortzusetzen." *Abwrackprämie, das hat uns in der Krise ja voll geholfen. Haben wir uns alle nen Neuwagen mal so einfach zulegen können. Dass die Industrie sich über die Kurzarbeit und Konjunkturpakete gesund gestoßen hat, wird hier natürlich auch nicht erwähnt. Weiter im Text mit Herrn Sommer:*

### **„Tarifautonomie als Grundpfeiler**

Die Tarifautonomie ist ein Grundpfeiler der sozialen Marktwirtschaft und hat wesentlich zum Wohlstand und sozialen Frieden in Deutschland beigetragen. Die Interessenkonflikte zwischen den Tarifparteien bleiben natürlich bestehen, aber es gibt klare und faire Regeln, nach denen sie ausgetragen werden – wenn möglich auf dem Verhandlungswege." *Schön, dass die Gewerkschaften auf Verhandlungen setzt und nicht auf Kampf. Das freut das Kapital.*

### **„DGB und BDA handeln**

... Krisen und Chaos haben wir schon genug, die Betriebe und Belegschaften leiden ohnehin unter der Wirtschaftskrise und der Sorge um ihre Arbeitsplätze. Was wir jetzt nicht brauchen können, ist eine neue Krise an der Tariffrent." *Wie kann er das eine mit dem anderen vergleichen? Da kann ich auch sagen, mein Lohn ist gesunken, die Lebenshaltungskosten steigen, nun hab ich noch nen Fleck auf dem Pulli. Das hat mir gerade noch gefehlt...*

### **„Klarheit und Sicherheit**

Die Arbeitgeber wünschen sich Klarheit und Berechenbarkeit an der Tariffrent. Das ist verständlich. Aber auch für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist es wichtig, dass es klare, unmissverständliche vertragliche Vereinbarungen gibt. Für uns ist es wichtig, dass bestehende Tarifverträge der mitgliederstärksten Gewerkschaften im Betrieb gelten und nicht durch den Abschluss so genannter „speziellerer“ Tarifverträge von Spartengewerkschaften beiseite geschoben werden.“ *Klarheit? Eine Klarheit ist, dass die GDL bei der Bahn mehr fordert, als ver.di. Das ist unmissverständlich!*

### **„Friedenspflicht bei bestehendem Tarifvertrag**

Wenn die Mehrheitsgewerkschaft einen Tarifvertrag geschlossen hat, dann gilt während der Laufzeit dieses Vertrages die Friedenspflicht. Sie gilt dann auch für Gewerkschaften, die im Betrieb eine Minderheit der Belegschaft vertreten. Arbeitskämpfe sind während der Laufzeit des vorrangigen Tarifvertrags der Mehrheitsgewerkschaft ausgeschlossen. Auch das stärkt den Zusammenhalt der Belegschaften. Denn ist immer eine Belastung für die Beschäftigten, wenn einige Kollegen streiken und die anderen weiter arbeiten.“ *Bloß keine Arbeitskämpfe, das stört. Und damit wäre auch durchgesetzt, dass wenn ver.di, die Mehrheitsgewerkschaft bei der Bahn oder der Lufthansa, nicht streikt, es die anderen im Betrieb erst gar nicht dürfen.*

### **„Verantwortung in der Krise**

Deutschland und Europa stecken in der Krise, wir haben viele Probleme, deren Lösung nicht einfach wird. Umso wichtiger ist es, dass wir die Probleme, für die es vernünftige und kluge Lösungsvorschläge gibt, so schnell wie möglich beseitigen. Der DGB und die Gewerkschaften haben in der Krise immer Verantwortung übernommen, kluge Vorschläge gemacht, mit Politik und Wirtschaft vertrauensvoll zusammengearbeitet und zu ihrem Wort gestanden. Das werden wir auch weiterhin tun und in diesem Sinne verstehen wir auch unseren gemeinsam mit der BDA entwickelten Vorschlag zur gesetzlichen Regelung der Tarifeinheit. Er findet die richtige Balance zwischen Wettbewerb und Koalitionsfreiheit auf der einen und Stabilität, Berechenbarkeit und demokratischem Mehrheitsprinzip auf der anderen Seite.“ *Der DGB hat keine anderen Antworten, als das Kapital zufrieden zu stellen. Er sieht sich und das Kapital und uns in einem Boot, der DGB, die Gewerkschaftsbürokraten sitzen ja auch in einem Boot mit dem Kapital. Das Kapital verliert in der Krise an Profit und wir sollen nicht nur zahlen, sondern auch mitweinen. „Stabilität“ brauchen wir in solch chaotischen Zeiten. Oh ja, aber die Stabilität im Portemonnaie und die Sicherheit, dass wir mit unseren mickrigen Löhnen die Miete noch zahlen können. „Wohlstand und sozialer Frieden“ ... scharf, dass sie doch immer wieder Angst vor Unfrieden haben. Und das in diesem ruhigen Land. Was hätte Marx zu solchen Gewerkschaften gesagt? „Gewerkschaften tun gute Dienste als Sammelpunkte des Widerstands gegen die Gewalttaten des Kapitals. Sie verfehlen ihren Zweck zum Teil, sobald sie von ihrer Macht einen unsachgemäßen Gebrauch machen. Sie verfehlen ihren Zweck gänzlich, sobald sie sich darauf beschränken, einen Kleinkrieg gegen die Wirkungen des bestehenden Systems zu führen, statt gleichzeitig zu versuchen, es zu ändern, statt ihre organisierten Kräfte zu gebrauchen als einen Hebel zur schließlichen Befreiung der Arbeiterklasse, d.h. zur endgültigen Abschaffung des Lohnsystems“ (Karl Marx, Lohn, Preis und Profit, MEW Band 16, Abschnitt 14, Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit und seine Resultate).*

Das zur gemeinsamen Initiative im Sommer 2010. Nicht nur die ehrenamtlichen, auch die hauptamtlichen Gewerkschaftsmitglieder erfuhren diesen Schulterschluss nicht durch die Gremien, in denen sie organisiert sind, sondern aus der Presse. Einzigartig seit Gründung des DGB. Und so riefen nicht nur die bedrohten „Minderheitengewerkschaften“ wie GDL, Cockpit und Marburger Bund am Tag darauf zum Protest auf, auch in den Gewerkschaftsapparaten rührte sich der Widerstand. Langsam zumindest. Aus einzelnen

ver.di Fachbereichen kamen Resolutionen gegen diese Initiative und blöd für die „Mehrheitsgewerkschaft“ ver.di, dass ausgerechnet im kommenden September 2011 der Gewerkschaftstag ansteht und zwangsläufig alle Gremien seit einem Jahr zusammen kommen, um zu diskutieren, Resolutionen einzubringen und Anträge an den Gewerkschaftstag zu verfassen. Und so hatte der DGB die Rechnung ohne die gewerkschaftlich organisierten Mitglieder gemacht und musste zurückrudern. Nach einem Jahr kamen viele Gegenresolutionen zusammen, fast aus jedem Landesbezirk und fast aus allen Fachbereichen. Die Gewerkschaftslinken organisierte Gegenveranstaltungen und so kam das heimlich entworfene DGB-BDA Papier so richtig innerhalb der Gewerkschaftsgremien an.

Im Mai 2011 beschloss der Gewerkschaftsrat von ver.di, die gemeinsame Initiative von DGB und BDA nicht länger zu unterstützen. Und der DGB-Bundesvorstand wurde aufgefordert, seinerseits aus dem Vorhaben auszusteigen. „Der Gewerkschaftsrat bekräftigt zugleich, dass der Grundsatz der Tarifeinheit für ver.di seinen hohen Stellenwert für die Gewährleistung einer solidarischen und einheitlichen Interessenvertretung aller Beschäftigten in den Betrieben und Dienststellen behält. Tarifeinheit begrenzt die Konkurrenz, sichert die Durchsetzungsfähigkeit der Belegschaften und fördert die gesellschaftliche Akzeptanz der Tarifautonomie.“ *Auch hier kein Wort davon, dass ver.di den ganzen Ausverkauf und die Zersplitterung des öffentlichen Dienstes, einer Schlüsselkraft im Kampf, kapitalfreundlich begleitet hat.* „Eine fortschreitende tarifliche Zersplitterung wäre fatal, weil den Schwächeren die Solidarität der Stärkeren verweigert würde. Grundsatz der Tarifpolitik muss die einheitliche Vertretung aller Beschäftigten im Betrieb sein“, betonte der ver.di-Vorsitzende Frank Bsirske. Wie vom Gewerkschaftsrat beschlossen, werde daher die Diskussion fortgeführt, „welche organisations-, betriebs- und tarifpolitischen Handlungsoptionen zu einer Herstellung beziehungsweise Sicherung der Tarifeinheit in den Branchen und Betrieben bestehen, in denen konkurrierende Berufsgruppengewerkschaften eigenständige Tarifverträge abschließen beziehungsweise in denen eine entsprechende Entwicklung zukünftig droht“.... „ver.di wird nun für die nächste DGB-Bundesvorstandssitzung einen entsprechenden Antrag einbringen, mit dem der DGB-Bundesvorstand aufgefordert wird, ebenfalls eine gesetzliche Regelung der Tarifeinheit nicht mehr anzustreben.“ (ver.di. Bundesvorstand, Tarifeinheit: Keine Mehrheit für gesetzliche Regelung der Friedenspflicht, Berlin, 25.05.2011)

Natürlich kam sofort Kritik vom BDA: steigende Anzahl an Tarifkämpfen wären nun die sichere Folge. Aber auch von der Gewerkschaftspartei, der SPD: „Frank Bsirske spielt mit dem Feuer. Eine Radikalisierung von Tarifauseinandersetzungen könne sich zur Gefahr für den Standort Deutschland ausweiten und befördert südeuropäische Verhältnisse, wo oft gestreikt wird bis hin zu Generalstreiks (SPD-Fraktionsvize G. Duin im Darmstädter Echo am 26.5.2011).

Klar war nun, dass auch der DGB aussteigt, denn ver.di war die treibende Kraft in der Initiative, ihre Führung hatte vergeblich versucht, im Alleingang den Schulterschluss mit dem BDA durchzuziehen. „In gewerkschaftlichen Publikationsorganen sollten keine kritischen Aufsätze zur Tarifeinheitsinitiative veröffentlicht werden“ (junge Welt vom 28.5.2011) Was für eine Niederlage für die ver.di Führung! So ein Pech aber auch, was „Kollege“ Bsirske? Ist schon blöd mit der Demokratie.

Am 6. Juni 2011, einen Tag vor der DGB-Bundesvorstandssitzung schrieb IG-Metall Chef Huber an DGB Sommer: „Lieber Michael, am Abendessen der Vorsitzenden kann von der IG Metall niemand teilnehmen ... Im Zusammenhang mit dem Schreiben von Frank Bsirske ist mir folgendes wichtig: 1. Die IG Metall hält die Initiative für Tarifeinheit weiterhin für richtig und wichtig. Das gilt umso mehr, als dass auch der ver.di Gewerkschaftsrat die Bedeutung einer solidarischen und einheitlichen Interessenvertretung hervorgehoben hat

und insoweit die Diskussion über die Tarifeinheit fortführen will. ... Deshalb gibt es auf der DGB-Bundesvorstandssitzung nichts zurückzunehmen... 3. Jetzt ist jede DGB-Gewerkschaft gefordert, in ihrem Organisationsbereich die faktische Tarifeinheit herzustellen. Mit einer gesetzlichen Regelung wäre dies einfacher. Gewerkschaftliche Beschlüsse sind jedoch nicht hinreichend – sie ändern die Wirklichkeit nicht. Das gilt nicht nur, aber auch für ver.di Beschlüsse“ (Brief im labournet veröffentlicht)

Lieber „Kollege“ Huber, die bestehenden Gewerkschaften heute sind einfach nicht hinreichend. Denn sie ändern die Wirklichkeit nicht! Doch eines Tages werden wir euch überflüssig machen. Und Abendessen gibts dann auch nicht mehr.

Einen Tag später verkündete der DGB in einer knappen Pressemitteilung: „In seiner heutigen Sitzung hat der DGB-Bundesvorstand folgenden Beschluss zur Tarifeinheit gefasst: „Das politische Ziel der Tarifeinheit ist und bleibt richtig, um die Tarifpolitik zu stärken und die Tarifautonomie sicherzustellen. Der DGB sieht allerdings unter den gegebenen Bedingungen keine Möglichkeit, die Initiative von BDA und DGB weiterzuverfolgen.“ (DGB, 7.6.2011, PM 094)

Fakt ist, dass es dem Widerstand innerhalb der Gewerkschaftsgremien und gewerkschaftlichen Opposition zu verdanken ist, dass Bsirske und Sommer so kleinlaut zurückrudern mussten. Aber sowohl IG Metall als auch ver.di wollen an ihrem Vorhaben festhalten. Sie werden weiter versuchen, die unliebsamen kämpferischen Gewerkschaften loszuwerden. Der Rückzug von Bsirske war kein Sieg der Basis, sondern ein Sieg der innergewerkschaftlichen Demokratie. Und für uns heißt das, weitere Vorstöße des Vorstands genauestens zu beobachten und innerhalb der Gremien und öffentlich zu bekämpfen. Das Kapital greift uns zur Zeit massiv an. In anderen Ländern, wo mehr und breiter gestreikt wird, wo der Protest sichtbar auf der Straße ist, greifen sie zu härteren Methoden (siehe Kasten Armeeeinsatz gegen Streikende). Als Anfang August 2011 die Gewerkschaft der Flugsicherung Streiks beschloss, war der Aufschrei in der Presse groß. Verboten muss man so was. Das Gesetz muss geändert werden. Und als in England die Bevölkerung in den ärmsten Vierteln auf die Straßen zog und Plünderungen liefen, wurde sofort ängstlich auf die Situation in den deutschen Großstädten geguckt. Was ist, wenn wir das hier kriegen? Ja, die Zeiten werden härter. Wir leider noch nicht. Wir können von unseren Gewerkschaften im Kampf nicht viel erwarten. Nicht nur unsere soziale Situation sondern auch unsere hart erkämpften Grundrechte, wie z.B. das Streikrecht, sind massiv unter Beschuss. Wir müssen uns dagegen organisieren. In den Belegschaften, in den gelben Gewerkschaften als klassenkämpferische Opposition, in der gewerkschaftlichen Linken über die Betriebe hinaus. Wir müssen den Schulterschluss gegen das Kapital hinkriegen. Und unser Widerstand muss endlich sichtbar und spürbar werden.

*Roberta Schaumfeld, Hamburg, im August 2011*

*R.Schaumfeld@web.de*

## **Armeeeinsatz gegen Streikende, Mauern gegen Migranten ... die EU rüstet auf**

Erstmals nach Ende der Franco-Diktatur 1978 wurde im Dezember 2010 von der spanischen Regierung das Militär eingesetzt, um gegen streikende Fluglotsen vorzugehen. Angesichts der Finanzkrise war den spanischen Fluglotsen das Gehalt um über 42% gekürzt worden, die Arbeitszeit sollte erhöht werden, Krankheitstage sollten nicht mehr als Arbeitszeit gelten. Die Regierung hatte außerdem beschlossen, 49% der Hauptflugplätze an die deutsche Fraport zu verkaufen. Ca. 90% der Fluglotsen meldeten sich krank und daraufhin verhängte die spanische sozialdemokratische Regierung den

Ausnahmestand und unterstellte alle Angestellten von „strategisch wichtigen Einrichtungen“ dem Militär und damit dem Militärstrafrecht. Mit Waffengewalt wurden die Lotsen an den Arbeitsplatz gezwungen. Der Protest wurde beendet.

Die spanischen Gewerkschaften schwiegen dazu, die anderen europäischen Gewerkschaften fühlten sich eh nicht angesprochen (vgl. hierzu auch Junge Welt vom 06.12.2010) Schon im Frühjahr 2010 hatte die griechische „linke“ Regierung die Armee eingesetzt, um den Streik der Lastwagenfahrer zu beenden.

In der Öffentlichkeit wurde über überzogene Lohnforderungen debattiert, die deutschen Urlauber wollten nach Mallorca und so blieb der Protest in Spanien isoliert. Hier wurde ein weiteres Exempel statuiert, wie in Zukunft die Herrschenden mit Konflikten umgehen werden.

Als im April, Mai sich die Zahl der nordafrikanischen Flüchtlinge vor Lampedusa erhöhte, erklärte sich die Mehrheit der 27 EU-Innenminister bereit, Grenzkontrollen in Ausnahmefällen oder „bei starkem Migrationsdruck“ zuzulassen (Tagesspiegel 13.5.2011). Im Mai hatte die italienische Regierung den Migranten Schengen-Visa erteilt, so dass sie nach Frankreich weiterreisen konnten. Frankreich schloss daraufhin die Grenzen. Bis September soll die EU-Kommission einen entsprechenden Vorschlag ausarbeiten. Dänemark setzt das bereits heute um (Süddeutsche Zeitung 5.7.2011). Das erste was viele Afrikaner von Europa sehen ist ein gigantischer Grenzzaun in Ceuta und Melilla, den spanischen Exklaven in Marokko. 11 km lang, 6 Meter hoch, gekrönt mit messerscharfem Natodraht. Doppelreihig, dazwischen Straßen für Patrouillen, Kameras, Flutlichter, Wärmesensoren... Für das Kapital gibt es keine Grenzen, für Flüchtlinge, Migranten werden sie höher. Den Reichen werden die Armen vom Hals gehalten. Grenzpolitik ist auch Lohnpolitik.